

Sehr geehrte Frau XXX,
vielen Dank noch einmal für Ihre Fragen zur Firma Eckert & Ziegler.
Meine Ratskollegin Andrea Stahl (Landtagskandidatin im Wahlkreis 3) und
ich (Wahlkreis 2) haben uns diesbezüglich abgestimmt und antworten Ihnen
hiermit gemeinsam (unter Berücksichtigung unserer Sicht als
Ratsmitglieder der Stadt):

1) Was konkret werden Sie in Zukunft bezüglich der geplanten Erweiterung
der Atomtüllverarbeitung bei Eckert & Ziegler in Braunschweig unternehmen?

- Eine Erweiterung der Entsorgungssparte des Unternehmens Eckert &
Ziegler am Standort Thune, die mit weiteren potenziellen
Strahlungsgefahren für die Bevölkerung verbunden ist, lehnen wir Grüne
ab. Dieses Ziel haben wir auch bereits in unserem Braunschweiger
Kommunalwahlprogramm 2011 ausdrücklich formuliert. Als Ratsmitglieder
der Stadt Braunschweig unterstützen wir daher alle Bemühungen, eine
Ausweitung der Abfallverarbeitung (und das gilt somit auch für
strahlenden Müll) dort baurechtlich für die Zukunft auszuschließen.

2) Was konkret werden Sie in Zukunft bezüglich der für Eckert & Ziegler
erteilten - und mittlerweile als exorbitant hoch bekannten -
Genehmigungen zum Umgang mit radioaktiven Stoffen unternehmen?

- Wir wollen uns im Landtag dafür einsetzen, dass die hohen
Umgangsgenehmigungen, aber auch die Strahlungsgrenzwerte, auf ein
vertretbares Maß reduziert werden. Es kann nicht sein, dass in dieser
Lage am Rande eines Wohngebietes und in direkter Nähe zu Schulen und
Kindergärten umfangreichere Genehmigungen gelten als bei anderen
Anlagen. Eine einmal erteilte Umgangserlaubnis für strahlendes Material
muss aus unserer Sicht überprüft und angepasst werden können, auch um
die jeweils neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse bezüglich der
potenziellen Gefahren von Strahlung dabei zu berücksichtigen.

Von unserer Grünen Kandidatin Gabriele Heinen-Kljajic (Wahlkreis 1)
werden sie ja noch eine separate Rückmeldung mit der Sicht der
Landtagsfraktion dazu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen,
Gerald Heere